

Fall „Mykonos“: Alles deutet auf Staatsterrorismus

Irans Ex-Präsident Banisadr
will vor Gericht Namen nennen

BERLIN (eid). Die Indizienkette, daß der „Mykonos“-Anschlag in Berlin ein Akt iranischen Staatsterrorismus war, wird immer enger. Der ehemalige iranische Staatspräsident Banisadr will im Prozeß den Namen des zweiten Todesschützen nennen. Banisadr zufolge ist es Abdolsharif Banihashemi, ein VEVAK-Agent und enger Vertrauter des iranischen Geheimdienstministers Fallahian. Bislang war der mutmaßliche Kommandeur der Attentäter und Maschinenpistolen-schütze den Strafverfolgungsbehörden nur als „Sharif“ bekannt, der sich nach dem Attentat nach Teheran abgesetzt haben soll.

Sollte Banisadr das Gericht von der Zuverlässigkeit seiner Informationen überzeugen können, weisen nunmehr zwei der mutmaßlichen Täter auf Staatsterrorismus hin. Auch der Angeklagte Darabi, der das Verbrechen laut Anklage vor Ort organisiert haben soll, ist deutschen Behörden als iranischer Agent bekannt. Banisadr will vor Gericht auch seine Anschuldigung begründen, Staatspräsident Rafsandschani habe dem Attentat ausdrücklich zugestimmt. Banisadr hatte dies im April in einem „Tagesspiegel“-Interview behauptet. Daraufhin wurde er von Bundesanwalt Jost vernommen.

Wie der Nebenkläger im „Mykonos“-Prozeß, Hans-Joachim Ehrig, in seinem Antrag, Banisadr vor Gericht zu hören, ausführt, will der ehemalige Staatspräsident auch aussagen, daß er drei Monate vor dem „Mykonos“-Anschlag aus Geheimdienstkreisen Irans die Mitteilung zugespielt bekam, daß „das Vorhaben zur Liquidierung der Nachfolge Ghassemlou zur Durchführung freigegeben“ sei. Den Hinweis habe er auch an das spätere Opfer, den Chef der Demokratischen Partei der Kurden in Iran, Charafkandi, weitergeleitet. Zusammen mit drei anderen iranischen Oppositionspolitikern wurde er im September 1992 im Berliner Restaurant „Mykonos“ erschossen.

Teheran hat dem Gericht bislang noch nicht den mutmaßlichen Vernehmungstermin zweier Zeugen in Teheran am 12. August bestätigt. Die beiden Zeugen werden nach Überzeugung der Verteidiger des Angeklagten Darabi aussagen, daß dieser nichts von dem Attentat wußte. Der jetzt von Banisadr genannte Kommandeur der Attentäter hatte sich nach Erkenntnissen des Staatsschutzes in Meckenheim mit vier weiteren Attentätern, darunter die Angeklagten Rhayel und Amin, in zwei von Darabi angemieteten Wohnungen konspirativ getroffen.

Nr. 15 737 / FREITAG, 6. SEPTEMBER 1996

Deutsche Politiker angeblich in „Irangate“ verwickelt

Banisadr benennt zwei weitere
Kronzeugen gegen Teheran

BERLIN (eid). Der frühere iranische Staatspräsident Banisadr hält die Bundesregierung für erpreßbar durch Teheran. Wie er gestern im Berliner „Mykonos“-Prozeß sagte, wisse er, daß hohe deutsche Politiker in der „Irangate“-Affäre verwickelt sind. Im Jahre 1986 hatten die USA heimlich Waffen nach Iran geliefert, die zum Teil weiter an die Contras nach Nicaragua geschifft worden waren. Nach Informationen des „Tagesspiegels“ existieren Hinweise und Zeugen in Deutschland dafür, daß ein deutscher „Ingenieur“, der für den amerikanischen Geheimdienst jahrelang in Iran spionierte, profundes Wissen über die Verwicklung deutscher Stellen in diese Affäre besitzt.

Banisadr kündigte dem Gericht gestern zwei mögliche Kronzeugen an. Einer der beiden iranischen Geheimdienstleute ist ein ranghoher ehemaliger Chef des iranischen Geheimdienstes VEVAK, der im Frühjahr dieses Jahres aus Teheran fliehen konnte. Von dieser, wie auch von einer anderen Quelle will Banisadr auch über die Verstrickungen des Hauptangeklagten Kazem Darabi im vierfachen Attentat im September 1992 gegen iranisch-kurdische Exilpolitiker im Berliner Restaurant „Mykonos“ erfahren haben. Der iranische Geheimdienstmann könne ebenfalls bezeugen, daß Darabi ein VEVAK-Agent sei. Oberstaatsanwalt Jost erklärte sein Interesse an der Vernehmung des Geheimdienstmannes. Banisadr kündigte auch die Möglichkeit an, daß einer seiner aussagewilligen Quellen die Frage klären könnte, wer der Verräter des Treffens der Exilpolitiker in Berlin gewesen war.

Nachdem Banisadr vor 14 Tagen schwere Vorwürfe gegen die iranische Staatsspitze erhoben hatte, indem er sie auch der aktiven Teilnahme an den Planungen des „Mykonos“-Attentates bezichtigt hatte, hatte Iran seine Auslieferung wegen Flugzeugentführung im Jahre 1981 und wegen „Hochverrats“ gefordert. Die Bundesanwaltschaft wird nach der Auswertung der Aussagen Banisadrs darüber entscheiden, ob ein Ermittlungsverfahren gegen den iranischen Regierungschef Rafsandschani und das religiöse Oberhaupt Chamenei eingeleitet wird.

AA000320

AA000319